



© European Union 2014 - Source EP

I Der ehemalige EU-Kommissar Pascal Lamy teilt seine Ansichten über Europa und die Union.

EUROPAS DEMOKRATIEDEFIZIT IST ANTHROPOLITISCH

Interview mit Pascal Lamy, emeritierter Präsident des Jacques Delors Instituts
Von Alain Bloëdt, Chefredakteur der Progressive Post

— Die schwindelerregend niedrige Wahlbeteiligung bei den Europawahlen ist jedoch in jedem Fall real...

PL: Es gibt ein Demokratiedefizit, aber das hat fast nichts mit den Institutionen oder Prozessen zu tun. Wie Elie Barnavi zu sagen pflegte: „Europas Problem ist, dass es politisch frigide ist“. Es gibt nichts, was auf emotionale Beteiligung oder ein Zugehörigkeitsgefühl hindeutet, das die Fantasie der Menschen anregen könnte.

— Wie würden Sie also das Defizit definieren?

PL: Es ist „anthropolitisch“. Es ist eher ein anthropologisches Problem als ein institutionelles oder rechtliches. Tatsächlich hat die wichtigste Frage nichts mit einer neuen institutionellen Reform zu tun, sie lautet vielmehr: Wie können wir der Fantasie der Menschen durch Narrative auf die Sprünge helfen? Welche europäische Mythologie könnte neben einer nationalen stehen, ohne diese zu ersetzen?

— Wie können wir an diesen Punkt kommen?

PL: Meines Wissens nach gibt es nur ein Land in Europa, auf dem Balkan, wo die Nationalfeier an eine Niederlage erinnert – überall sonst handeln die Geschichten immer vom Sieg. Ganz allgemein gesprochen sind unsere nationalen Systeme das Produkt einer organisierten, ja erfundenen Erinnerungskultur, wie in Frankreich zum Beispiel mit Saint-Louis, Clovis oder der Schlacht von Poitiers. Der gefühlskalte Raum muss mit etwas Emotionalem gefüllt werden, mit einer Erzählung, die die Menschen inspiriert.

“
EUROPA IST EIN
GEGENMYTHOS,
DER AUF DER
ABLEHNUNG
VON KRIEG
BASIERT. DIESE
MYTHOLOGIE
IST KEIN TRAUM,
SONDERN EIN
ALPTRAUM.
DAHER IST SEINE
MOBILISIERENDE
WIRKUNG
MAGER
”

— Es gibt also keinen einheitsstiftenden europäischen Mythos?

PL: Im Moment ist Europa ein Gegenmythos, der auf der Ablehnung von Krieg basiert. Diese Mythologie ist kein Traum, sondern ein Alptraum. Daher ist seine mobilisierende Wirkung mager.

— Was ist mit dem europäischen Pass, der europäischen Flagge, der Europa-Hymne?

PL: Das spannt den Karren vors Pferd: ein anthropologischer Fehler, für den ich einen Teil der Verant-

wortung übernehme, da ich unter denen war, die im Geiste eines „Europas der Bürger“ dachten, wie wir damals immer sagten. Der Mythos muss die Hymne, die Flagge, den Pass erschaffen, nicht umgekehrt! Uns fehlt das zugrundeliegende narrative Fundament, das die Vorstellungskraft der Menschen zum Laufen bringen könnte: Dort liegt das Demokratiedefizit. Wir müssen begreifen, warum die recht alchemistische Argumentation der Gründerväter – nämlich die, dass sich der Eckpfeiler der wirtschaftlichen Integration in politisches Gold verwandeln würde – nicht funktioniert!

— Führt die wirtschaftliche Integration nach dem Vorbild des Euro aber nicht zur politischen Integration?

PL: Das ist wahr, und wir sehen ganz deutlich, dass Situationen eines möglichen Verlassens der Eurozone politische Probleme erzeugen. Aber schauen Sie sich die Euro-Banknote an – sie ist kalt und anonym.

— Profitieren die Populisten von fehlenden Mythen?

PL: Kulturell sind wir zurückgerudert. In Wahrheit hat der Populismus zwei Ursprungsquellen: soziale und kulturelle Sicherheit. Auf Seiten der Linken sind wir viel zu sehr damit beschäftigt, den Sozialstaat neu zu erfinden und traditionelle Grenzen zu verschieben. Was kulturelle Unsicherheit anbelangt, haben die Rechten und Rechtsextremen einen enormen Wettbewerbsvorteil, da sie den Rückkehr zur Tradition befürworten. Allerdings ist es eine extreme Form von Konservatismus, wenn man in die Vergangenheit zurückkehren will.

— Werden zusätzliche Kompetenzen für die europäischen Institutionen, wie der Kommission, oder auch die Schaffung neuer Organe, beispielsweise eines Euro-Zonen-Parlaments, die europäische Demokratie stärken?

PASCAL LAMY: Nein, das glaube ich nicht. Wenn die EU einen „institutionellen Arzt“ zurate ziehen würde, wäre er oder sie nicht in der Lage, besonders viel zu diagnostizieren und zu verstehen, warum manche Dinge nicht funktionieren. Es würde wahrscheinlich festgestellt werden, dass wir eine quasi-Regierung, ein Haus gewählter Vertreter und einen Gerichtshof haben. Der Arzt wäre vermutlich sogar geneigt, uns zu einem Psychiater zu schicken!

“
DER GEDANKE,
DIE WAHL EINES
PRÄSIDENTEN
DURCH
ALLGEMEINES
WAHLRECHT
WÜRD E DAS
EUROPÄISCHE
DEMOKRATIE-
DEFIZIT
KOMPENSIEREN,
IST UNSINNIG.
MAN MUSS
SICH NUR DEN
ZUSTAND DER
DEMOKRATIE
IN FRANKREICH
ANSEHEN,
UM DAS ZU
ERKENNEN
”

— Aber hat es in Anbetracht des unmittelbaren Mangels an einem vereinenden Mythos nicht auch einige interessante demokratische Fortschritte wie die Spitzenkandidaten gegeben?

PL: Natürlich werden weiterhin sehr nützliche demokratische Fortschritte gemacht, aber wir haben es hier nicht mit einer institutionellen Angelegenheit zu tun. Die Spitzenkandidaten müssen die Institutionen nicht verändern. Ein weiterer Punkt, der die Sozialisten und Sozialdemokraten betrifft, ist die Möglichkeit der direkten Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei Europas, was die nationalen sozialdemokratischen Parteien aber bisher abgelehnt haben. Das ist eine schwere institutionelle Hürde, die die Zweiteilung zwischen dem europäischen Raum und den nationalen Räumen offenlegt, wenn man bedenkt, dass wir die ersten sind, die für Kontinuität plädieren! Man muss nicht die Institutionen ändern, um dieses Problem zu lösen!

— Ist eine Ausweitung der Kompetenzen der Kommission nötig?

PL: Die brennende Frage ist doch, ob wir einem klassisch parlamentarischen Modell mit Mehrheit und Opposition nachhängen wollen oder uns einem föderalen System nach Schweizer Art anschließen. Darüber hinaus habe ich festgestellt, dass sich viele unserer Diplomaten – angefangen bei den Franzosen und Engländern – nach wie vor weigern, die Kommission als eine Regierung anzuerkennen. Sie betrachten sie weiterhin als Sekretariat des Rates, der für sie die eigentliche Regierung ist.

— Das derzeitige Europa-parlament arbeitet an einer Mehrzahl von Ideen. Könnte das klassisch parlamentarische Modell offiziell eingeführt werden?

PL: Davon sind wir weit entfernt. Denn das hieße, dass die Kommission aus gewählten Einzelpersonen oder einer mit der Mehrheit des Europäischen Parlaments ausgehandelten Koalition bestehen müsste. Allerdings verstehe ich die Institutionen so, dass wir uns bereits in einem parlamentarischen System befinden. Die Kommission ist eine Quasi-Regierung, der Rat ist der Senat der Mitgliedstaaten und das Parlament ist ein Abgeordnetenhaus. Darüber hinaus kann das Parlament einen Misstrauensantrag gegen die Kommission stellen. Das ist schon einmal passiert, auch wenn die Kommission in der Nacht zuvor zurückgetreten war.

— Hat Ihre Erfahrung als Kommissar für Handel Ihr Verständnis verstärkt?

PL: Ohne Zweifel. Da der Handel eine föderale Zuständigkeit ist, musste ich mit dem Rat und dem Parlament zusammenarbeiten. Ich hatte auch mit dem Wirtschafts- und Sozialausschuss und dem Ausschuss der Regionen zu tun.

— Würden Sie also die Neuordnung des von Jean-Claude Juncker orchestrierten Kollegiums begrüßen, um die Kommission politischer zu machen?

PL: Es stimmt, dass die übermäßige Zahl der Kommissare, die das Produkt mittelmäßiger diplomatischer Kompromisse sind,

den politischen Charakter der Kommission einschränkt. Folglich erlaubt es Junckers Reform, wenn sie auch ein wenig plump daherkommt, dass das Tagesgeschäft und das Handeln politischer werden.

— Was halten Sie von der Wahl eines europäischen Präsidenten durch allgemeines Wahlrecht?

PL: Der Gedanke, dass die Wahl des Präsidenten durch ein allgemeines Wahlrecht das europäische Demokratiedefizit kompensieren würde, ist unsinnig. Man muss sich nur den Zustand der Demokratie in Frankreich ansehen, um das zu erkennen. Und überdies wären er oder sie, wenn es tatsächlich dazu käme, immer Deutsche!



Pascal Lamy ist emeritierter Präsident des Jacques Delors Instituts, ehemaliger Generaldirektor der Welthandelsorganisation, ehemaliger EU-Kommissar und Vizepräsident der FEPS.